54. Jahrgang. № 339. Dienstag, 7. Dezember 1909.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen.

Carola-Chocolade. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Königl. Preuss. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück . . . . 3½ ₰
Kriegsschule do. . . . . 4 ₰
Luftschiffer do. . . . . 5 ₰
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstck. 6½ ₰
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Buchholz-Hüte
Annenstrasse 28
Neu eröffnet: Wettinerstr. 21.

Billige Kodaks
Carl Plaul, Königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Rönisch Pianos K. S. Hoflieferant – Magazin: Dresden, Waisenhausstrasse 24.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, Niederschläge.

Die Handelskammer Dresden wird bei dem Ministerium des Innern den Antrag stellen, die Zahl der Kammermitglieder von 26 auf 30 zu erhöhen.

In der gestrigen Reichstagssitzung kamen die Interpellationen betr. den Kieler Werftbetrieb zur Verhandlung. Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, Anordnungen getroffen zu haben, die ähnliche Mißstände für immer unmöglich machten.

Der Freispruch im Kieler Werftprozeß ist mit 6 gegen 6 Stimmen erfolgt.

Im oldenburgischen Landtage wurde eine Interpellation wegen des Beitritts der Handelskammer zum Hansabunde eingebracht.

König Alfons von Spanien soll ernstlich erkrankt sein, so daß eine Operation notwendig wird.

Der Aviatiker Fernandez verunglückte gestern bei seinem Aufstiege in Nizza durch Explodieren des Motors tödlich.

Der Rücktritt des Ministeriums Giolitti

ist für die politische Welt überraschend gekommen, da die Schwierigkeiten, mit denen das italienische Kabinett zu kämpfen hatte, allgemein als nicht so dringlich erachtet wurden, um einen baldigen Sturz der Regierung wahrscheinlich zu machen. Die näheren Umstände, unter denen sich die Preisgabe Herrn Giolittis durch die von Konstitutionellen, Radikalen und Sozialisten gebildete Mehrheit vollzog, lassen die Annahme, daß der Ministerpräsident selbst mit wohlberechneter Absicht die Gelegenheit für seinen Abgang vorbereitet habe, begründet erscheinen. Herr Giolitti hatte nämlich unmittelbar bei dem Zusammentritt der Kammer gegen Ende November verschiedene Entwürfe über Steuerreformen eingebracht, von deren zweien, der Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Einführung der progressiven Einkommensteuer, er ganz genau wußte, daß die Opposition sie unter allen Umständen niederstimmen würde. Schon einmal, im Jahre 1893, war Herr Giolitti über den Vorschlag einer Einkommensteuer zu Falle gekommen, und da sich in der Zwischenzeit die öffentliche Stimmung nicht zugunsten einer solchen Maßregel verändert hat, so konnte es dem gewiegten Staatsmanne nicht zweifelhaft sein, daß er auch diesmal auf scharfen Widerstand stoßen würde, wenn er an die Volksvertreter die nach den landläufigen italienischen Begriffen unerhörte Zumutung richtete, ihre Einwilligung zu geben, daß von 1911 an alle Einkommen von mehr als 5000 Lire mit einer Abgabe von 1—6 Prozent belegt würden. Kaum war die Vorlage eingebracht, so erhob sich alsbald ein heftiges Rumoren in der Opposition, die bei der Wahl zu den für die Vorberatung bestimmten Abteilungen der ministeriellen Partei eine schwere Niederlage beibrachte. Immerhin wäre der ungünstige Ausgang der Abteilungswahlen noch kein zwingender Grund zum Rücktritt für Herrn Giolitti gewesen, um so weniger, als er ähnliche Situationen schon mehrfach vor sich gehabt und später im Plenum eine erfolgreiche Wendung herbeigeführt hatte. Diesmal warf aber der Ministerpräsident die Flinte gleich von vornherein ins Korn, und gerade die Eilfertigkeit, womit er seinen Abgang von der politischen Schaubühne bewerkstelligte, ist ein Beweis dafür, daß er gehen wollte. Er bewies sich auch in dieser kritischen Situation als der alte, kluge Taktiker, indem er es so einzurichten wußte, daß ihm von der Mehrheit der politische Garaus aus Anlaß einer von ihm vertretenen ausgesprochen demokratischen Reform gemacht wurde, auf deren konsequente Vertretung er sich unter Hinweis auf die Beispiele der Jahre 1893 und 1909 berufen kann. Herr Giolitti hat also auf eine gute Pose beim Abgange Bedacht genommen und fühlt trotz seiner 65 Jahre offenbar die Beschwerden des Alters noch keineswegs in solchem Maße, daß er endgültig auf die Möglichkeit einer abermaligen Beteiligung an den politischen Geschäften Verzicht leisten müßte. Das Ministerium Giolitti ist 3½ Jahre im Amte gewesen. Von deutscher offiziöser Seite wird ihm nachgerühmt, daß es in hervorragender Weise im Sinne seines Programms: „Friede nach außen, Ordnung im Innern, festgefügte Finanzen, Unparteilichkeit im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit“ gewirkt und ersprießliche Arbeit im Interesse der Landeswohlfahrt geleistet habe.

Nicht ohne wesentlich bestimmenden Einfluß auf den plötzlichen Rücktrittsentschluß Herrn Giolittis ist, soweit innerpolitische Verhältnisse in Frage kommen, jedenfalls die klerikale Frage geblieben. Der verflossene Ministerpräsident war auch im Punkte des Antiklerikalismus kein doktrinärer Prinzipienreiter, sondern nahm die Dinge, wie sie sind, und ließ sich die positive Mitarbeit katholischer Abgeordneter im Parlament zu Nutz und Frommen der staatlichen Wohlfahrt gern gefallen. Eine solche Möglichkeit hat sich seit einiger Zeit eröffnet, nachdem der Vatikan das schroffe Verbot der Beteiligung der Katholiken an der Politik dahin gemildert hatte, daß die Katholiken überall dort ihr Wahlrecht ausüben dürfen, wo sie damit den Interessen der Kirche durch die Verhinderung der Wahl kirchenfeindlicher Elemente zu dienen vermögen. Der Prozeß der Anteilnahme kirchlicher Kreise an der Politik hat bereits solche Fortschritte gezeitigt, daß es neuerdings zur Bildung einer besonderen parlamentarischen Partei katholischen Charakters unter dem Namen „Demokratisches Zentrum“ gekommen ist. Das hat dann freilich auf der Gegenseite wiederum zu einer schärferen Betonung der antiklerikalen Note geführt, und dabei sah sich das Ministerium Giolitti den schwersten Verdächtigungen seiner antiklerikalen Prinzipientreue ausgesetzt. Der Staatsmann Giolitti war aus Anlaß der gegen ihn von antiklerikaler Seite gerichteten Angriffe wohl zu der Ueberzeugung gekommen, daß mit solchen rein negierenden Elementen praktische Politik überhaupt nicht zu machen ist. Gewiß ist ein Mann wie Giolitti über den Verdacht erhaben, daß er imstande sei, auch nur ein Jota von den unveräußerlichen Rechten des Staates gegenüber der Kirche preiszugeben. Wenn er aber auf dieser unverrückbaren Grundlage die allmählich in die Politik eindringenden katholischen Elemente lieber, soweit als möglich, an der positiven Arbeit des Parlaments teilnehmen lassen als sie von vornherein in eine grundsätzliche Oppositionsstellung drängen wollte, so entsprach ein solches Verhalten durchaus den elementaren Geboten staatsmännischer Klugheit, solange nicht die neue katholische Richtung ein Verhalten bekundete, das sie als unversöhnlichen Gegner des italienischen Staates unzweideutig kennzeichnete. Die Angriffe, denen sich Herr Giolitti aus diesem Anlaß von seiten des extremen Antiklerikalismus ausgesetzt sah, mögen ihn begreiflicherweise derartig verdrossen haben, daß er die Sache satt bekam und das Ende seines Ministeriums künstlich beschleunigte.

Ob und wieweit auch Rücksichten der auswärtigen Politik in dem Kabinettswechsel mit hineinspielen, läßt sich zurzeit noch nicht ganz klar übersehen. Bemerkenswert ist jedenfalls eine aus Wien stammende Information, wonach in dortigen diplomatischen Kreisen der Rücktritt des Ministeriums Giolitti-Tittoni einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht haben soll; man sehe in Wien das Kabinett Giolitti-Tittoni, das sich stets streng zu dem Grundsatze der Aufrechterhaltung des Statusquo am Balkan bekannt habe, mit Bedauern, um nicht zu sagen mit Besorgnissen, vom Schauplatz abtreten. Wenn in der Wiener Auslassung weiter die Frage aufgeworfen wird, ob ein neues italienisches Kabinett mit der gleichen Autorität und Kraft, wie das Ministerium Giolitti, die ihm durch dessen Dreibundpolitik vorgeschriebenen Richtungslinien einhalten und sich der gegen den Dreibund und auf den Anschluß Italiens an die westmächtliche Allianz gerichteten Strömung werde erwehren können, so wird nach dieser Richtung die Meldung, daß Herr Sonnino mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden ist, zunächst in beruhigendem Sinne wirken, da der genannte Staatsmann ebenfalls als ein überzeugter Anhänger des Dreibundes bekannt ist. Doch wird man erst die übrigen Mitglieder des Kabinetts ein wenig näher auf Herz und Nieren prüfen müssen, ehe sich ein endgültiges Urteil fällen läßt. Sollte es sich beispielsweise bestätigen, daß Herr Luzzatti den Posten des Finanzministers in dem neuen Kabinett übernimmt, so wäre damit dem Dreibundfreunde Sonnino ein Partner beigesellt, der an Feindseligkeit gegen den Dreibund und an enragierter Franzosenfreundlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Die ganze internationale Situation Italiens steht augenblicklich noch in solchem Maße unter dem Einflusse des Zarenbesuches in Racconigi, daß es Vogelstraußpolitik treiben hieße, wollten wir die erhebliche Stärkung und Förderung verkennen, die durch den in Racconigi vollzogenen Anschluß Italiens an Rußland die irredentistische Bewegung mit ihren ausgesprochenen Sympathien für den Vierbund Italien-Frankreich-England-Rußland und mit ihrer nicht minder ausgesprochenen Feindschaft gegen Deutschland und Oesterreich erfahren hat. Die weitere Entwicklung der internationalen Lage wird ja bald Klarheit darüber schaffen, ob das neue italienische Kabinett einen weiteren Schritt nach vorwärts auf der Bahn des Anschlusses Italiens an die Westmächte und der Loslösung vom Dreibunde bedeutet. In Paris herrscht schon eine gewisse Unruhe wegen Sonninos bekannter Dreibundtreue, durch die das französisch-italienische Verhältnis eine „Trübung“ erfahren könnte. Daraus geht hervor, wie empfindlich die internationale Stellung Italiens nach jeder Richtung ist und wie es den italienischen Staatslenkern immer saurer gemacht wird, die Dreibundtreue mit den verschiedenen „Extratouren“ auf dem Gebiete der hohen Politik zu vereinbaren.

Neueste Drahtmeldungen

vom 6. Dezember.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung stehen die **Interpellationen** der freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten **betr. den Werftbetrieb in Kiel.** — Staatssekretär v. Tirpitz erklärt sich auf Befragen bereit, heute zu antworten. — Abg. Dr. Leonhardt (freis. Vp.): Der Prozeß in Kiel hat mit einer Freisprechung der Angeklagten geendet. Aber die Marineverwaltung gehört nicht zu den Freigesprochenen, das Verwaltungssystem ist verurteilt. Die Verwaltungsbeamten bringen für ihre Tätigkeit im allgemeinen zu wenig technische Kenntnisse mit. Und die Magazinaufseher, ehemalige Militäranwärter, bekommen noch dazu ein so geringes Gehalt, daß es ein Wunder wäre, wenn einer nicht ab und zu einmal einer Versuchung ausgesetzt wäre. Eine geordnete kaufmännische Buchführung fehlt auf den Werften. Dabei sind im Vorjahre 480 Zentner Papier auf der Kieler Werft verschrieben worden. Buchmäßig freilich stimmt auf unseren Werften alles, aber an einer materiellen Kontrolle fehlt es, diese ist ganz ungenügend, so daß es sehr leicht möglich ist, einmal ein paar Zentner Material verschwinden zu lassen. Der Magazindirektor ist ein Mann von 71 Jahren. Bei keiner anderen Verwaltung hält man die Verwaltungsbeamten so lange. Was soll nun geschehen? Im Frühjahr ist ja im Marineamt eine Kommission eingesetzt worden, der aber fast nur Verwaltungsbeamte angehören. Was da herauskommt, kann man sich ungefähr vorstellen! Worauf es ankommt, ist: den einzelnen Beamten eine größere Verantwortlichkeit aufzuladen. Aus den Vorschlägen der Kommission ist besonders hervorzuheben: man will einen neuen Assessor haben. Aber Assessorismus haben wir wohl schon genug. Eine gründliche Reorganisation ist nötig. Aber auch schon im Rahmen der bestehenden Organisation läßt sich vieles bessern. So durch eine kaufmännische Buchführung, durch einen Marine-Rechnungshof, dem auch technische Beamte angehören, durch Zuteilung eines Zahlmeisters an den Oberwerftdirektor als Assistenten. Schon bisher hätten manche Mißstände vermieden werden können, wenn der Magazindirektor ein Ober-Zahlmeister wäre. Vor allem müssen die Techniker und der kaufmännische Geist mehr zur Geltung kommen. Die bürgerlichen Parteien seien der Ansicht, unsere Marine solle wachsen, entsprechend der Bedeutung einer Großmacht, andererseits dürfe aber das Geld unserer Steuerzahler auch nicht verpulvert werden. (Beifall.) — Abg. Legien (soz.) begründet die sozialdemokratische Interpellation und kündigt für die zweite Beratung des Marine-Etats einen Antrag seiner Freunde auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission an. Staatssekretär v. Tirpitz: Die beiden Interpellationen decken sich mit ihrem Inhalte, obwohl die zweite (sozialdemokratische) vorsichtiger gehalten ist. Die Unterschleife scheiden ja jetzt ganz aus, weil das Schwurgericht die angeklagten Beamten freigesprochen hat. (Lachen links.) Die Verwaltung ist auch nach meiner Untersuchung, abgesehen von einem Betriebe, nämlich dem des Altmaterials, absolut intakt aus der Untersuchung hervorgegangen. (Unruhe links.) Was den Betrieb mit Altmaterial anlangt, so habe ich Anordnungen derart getroffen, daß solche Mißstände, wie bisher auf der Kieler Werft, nicht mehr eintreten können. Angeordnet habe ich zunächst eine verschärfte Aufsicht sowie eine verschärfte Kontrolle seitens der Werftpolizei. Ferner, daß die zweite Kontrolle bei Feststellung des Gewichtes nicht mehr durch jüngere, sondern durch ältere Personen erfolgt, daß ein Verladen nur während der Bureauzeit stattfindet und nur durch Werftpersonal, nicht durch Fremde, daß die Angebote bei Submissionen verlesen werden und daß eine Spezialisierung des Altmaterials stattzufinden hat. Endlich soll der Verwaltungsdirektor mehr vom inneren Betriebsdienst entlastet werden, um es ihm zu ermöglichen, mehr in den Außenbetrieb hineinzusehen. Das ist alles, was möglich ist. Gegen direkte Untreue wird sich natürlich schwer etwas machen lassen. Herr Legien hat eine Aeußerung eines höheren Werftbeamten vor Gericht erwähnt. Diese Aeußerung schließt aber ausdrücklich: „Die eigentliche Aufgabe der Werft, für gebrauchsfähige Schiffe zu sorgen, schließt natürlich nicht aus, daß auch auf sparsames Wirtschaften geachtet wird.“ Sie sehen, wie solche Aeußerungen verdreht werden. Man hat über zu viel Bureaukratismus gesprochen. Ich habe aber gerade die technischen Betriebe von der Bureaukratie frei gemacht.

Handschuhe Spezial-Geschäft Gebrüder Wohlauf Altmarkt 8 nur Handschuhe Handschuhe